

lehrer nrw

Verband für den Sekundarbereich

Chaos Schulsystem

G8, G9 und nun auch noch
die Gemeinschaftsschule

Paedagogik & Schulwesen Verlag, Adolf-Strabus-Str. 24, 40211 Düsseldorf

3 Aufgespießt
Politik im
luftleeren Raum

4 Im Brennpunkt
Auf Schmusekurs
zur Einheitsschule

13 Dossier
Der Homo
Oeconomicus

23 Schule & Politik
Streikrecht für
verbeamtete Lehrer

lehrer nrw – G 1781 –
erscheint acht Mal jährlich
als Zeitschrift des 'lehrer
nrw' – Verband für den
Sekundarbereich

Der Bezugspreis ist für Mit-
glieder des 'lehrer nrw' im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
Preis für Nichtmitglieder im
Jahresabonnement:
€ 35,- inklusive Porto

Herausgeber und Geschäftsstelle

lehrer nrw
Nordrhein-Westfalen,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf,
Tel.: 02 11 / 1 64 09 71,
Fax: 02 11 / 1 64 09 72,
Web: www.lehrernrw.de

Redaktion

Brigitte Balbach,
Heribert Brabeck, Ulrich
Brambach, Frank Görgens,
Michael König, Jochen
Smets, Düsseldorf

Verlag und Anzeigenverwaltung

PÄDAGOGIK &
HOCHSCHUL VERLAG –
dphv-verlags-
gesellschaft mbh,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf,
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04,
Fax: 02 11 / 3 55 80 95
Zur Zeit gültig:
Anzeigenpreisliste Nr. 10
vom 1. Januar 2010

Zuschriften und Manuskripte nur an

lehrer nrw,
Zeitschriftenredaktion,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf

Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Ge-
währ übernommen werden.
Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben die Meinung
ihrer Verfasser wieder.



Foto: MEV

Dossier: Der Homo Oeconomicus

Seite 13

AUFGESPIESST

Brigitte Balbach: Politik
im luftleeren Raum

3

IM BRENNPUNKT

Ulrich Brambach: Auf
Schmusekurs zur Einheitsschule

4

SENIOREN

Viertägige Trier-Fahrt im Mai 2011
Senioren lernen
'Neue Technologien'

6

6

MAGAZIN

Bei der Ministerin und
beim Oppositionsführer
Polemik auf Kosten
der Realschulen
Mülheimer Kongress
Beitragsanpassung

8

8

9

9

TITEL

Jochen Smets:
Versuchsballon Ascheberg
»Von Landesseite wird
keine Schule und keine
Schulform abgeschafft«
Die neue Schulministerin Sylvia Löhrmann
im Exklusiv-Interview mit *lehrer nrw*

10

12

DOSSIER

Prof. Dr. rer. pol. Werner A. Halver:
Der Homo Oeconomicus:
Ein Vorbild für den Wirtschafts-
unterricht an Realschulen in
Nordrhein-Westfalen?

13

SCHULE & POLITIK

Jaana Lahtinen:
Sporthelfer im Einsatz
Frank Görgens:
Hilfe beim Inklusionsprozess
Manfred Berretz:
Runderneuerter Web-Auftritt

18

20

21

MUNDGERECHT

Michael König: Arbeitszimmer
wieder steuerlich absetzbar
Streikrecht für verbeamtete Lehrer
Paradigmenwechsel im deutschen Beamtenrecht

21

24

ÜBER DEN TELLERRAND

Gabriel, der Pädagoge
Saarland will doch nicht länger
gemeinsam lernen

26

26

HIRNJOGGING

Jutta May:
Kreuzworträtsel & Sudoku

27



Politik im luftleeren Raum



von BRIGITTE BALBACH

Der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung weist als eine Kernvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter der Rubrik 'Bildung – Schule der Zukunft' einen Satz als eine der Weichenstellungen für eine neue Schullandschaft aus: »Wir ermöglichen längeres gemeinsames Lernen«.

» Integriert oder differenziert

Es heißt dort: »Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagschule, die gymnasiale Standards mit einschließt. In den Klassen 5 und 6 findet für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsamer Unterricht statt. Schule, Schulträger und Eltern entscheiden darüber, wie es ab Klasse 7 oder später weitergeht: Entweder werden integrierte Lernkonzepte weitergeführt oder es wird nach Bildungsgängen differenziert. Jede Gemeinschaftsschule ist mit einer Sek. II verbunden.«

» Rot-Grün will zur Einheitsschule

Die anschließend öffentlich kommunizierte Bevorzugung integrativer Systeme durch personelle und finanzielle Anreize zeigt klar, wohin die Reise der rot-grünen Landesregierung gehen soll – zur Einheitsschule. Ein lang gehegter Traum linker Ideologen soll endlich wahr werden! Die Art und Weise der Kommunikation seitens beider Parteien – mit den Linken in der gedanklichen Rückhand – offeriert Siegesicherheit, aber auch Langmut gegenüber Andersdenkenden. Warum sollen Offensiven gefahren werden, wenn alle Zeit der Welt besteht, das ersehnte Ziel weich durchsetzen zu können, vielleicht sogar unter Beteiligung bisheriger Gegner!? Der Schachzug ist klug: Wir nehmen alle mit, auch dahin, wo sie gar nicht hinwollen – und vielleicht sogar, ohne dass sie es merken?!

Dieser ausgewiesene Kurs suggeriert positiv besetzte Eigenschaften wie Empathie, Großmut, Integrationsbereitschaft, ohne die aggressiven Potenziale der Vergangenheit bemühen zu müssen. Und das ist deshalb klug, weil es im gesellschaftlichen Trend liegt, der da zurzeit offenbar zum Ziel hat, Andersdenkende auszusondern.

Weite Teile der Presse zeigen sich momentan glücklich, wenn sich eine halbwegs bekannte Persönlichkeit den Unmut des Mainstreams zuzieht und an den Pranger gestellt werden kann. Manche Presseveröffentlichungen in Wort und Bild assoziieren Hexenverfolgungen des Mittelalters. Und vorne weg sieht man als Leitfigur häufig unseren Bundespräsidenten, der sich nicht scheut, den Mainstream zu bedienen.

» Stammtischparolen und Halbwissen

Diese Gemengelage ist gefährlich, weil sie eine Vorgehensweise beispielhaft praktiziert, die Stammtischparolen und Halbwissen bedient und seit Jahren mühsam erarbeitete Grundlagen aus Evaluationen, Erkenntnissen und Erfahrungen ignoriert. So ist es bisher durch keine Studie erwiesen, in wie weit sich längeres gemeinsames Lernen bewährt hat. Die veröffentlichten Resultate aller bekannten Studien belegen darüber hinaus ein schlechteres Abschneiden hinsichtlich Lernergebnissen von Gesamtschulen gegenüber Realschulen des gegliederten Systems. Doch wen interessiert das – auch wissenschaftliche – Geschwätz von gestern?

Und wenn es auch im Koalitionsvertrag heißt, dass Schule, Schulträger und Eltern gemeinsam über die Zukunft von Schule vor Ort entscheiden sollen, so liegt die Realität doch weit daneben. Es ist *Lehrer nrw* bekannt, dass in einigen Städten und Kommunen in Nordrhein-Westfalen die Kassenlage über die künftige Schulstruktur entscheidet, keineswegs aber Lehrer, Eltern und Schüler. Sie erfahren häufig genug von der Schließung ihrer Schule durch die Presse.

Oder sie haben Entscheidungen getroffen, die sich im jeweiligen Ratsbeschluss kaum mehr wiederfinden lassen. Das ist Fakt! Der Schein einer vermeintlichen Mitbestimmung trügt!

» Politik wider besseres Wissen und wider den Elternwillen

Es wird Politik jenseits besseren Wissens, evaluierter Erkenntnisse, schulischer Erfahrungen und auch jenseits des Elternwillens gemacht – obwohl dies der offi- ➔



ziell verkündete Antrieb für aktuelles Handeln ist. Diese Scheinmoral gilt es in diesen verlogenen Tagen zu entlarven. Die Öffentlichkeit muss genau hinsehen, was gewollt und was anschließend getan wird – das sind zwei völlig verschiedene Paar Schuhe! Es ist politische Verantwortung, wenn der einzelne Bürger sich gegen angeblich wohlmeinendes Politikergesülze abgrenzt und sich informiert, auf welcher Grundlage schulpolitische Beschlüsse gefasst werden.

Fragt man uns Lehrerinnen und Lehrer, so ist für uns wichtig, den Schulalltag bestreiten zu können, was aufgrund schlechter Rahmenbedingungen nur noch bedingt gelingen kann. So ist der Ganztagszwar auf dem Vormarsch – offenbar fehlen jetzt jedoch Gelder zur Umsetzung, zum Beispiel für Mensen und Personal. Die finanziellen und personellen Ressourcen halten mit den vollmundigen Versprechen von Politikern offensichtlich nicht mit.

Darüber hinaus ist uns Lehrkräften guter Unterricht wichtig – dazu fehlt es ebenfalls an Ressourcen, nämlich an Zeit und an Geld! Aber welchen Politiker hat das bisher schon gestört?

» **Bildungsgänge erhalten!**

In der Schulstrukturfrage sind die Lehrkräfte von *Lehrer nrw* für die Beibehaltung von Bildungsgängen, um tradierte Werte und öffentlich anerkannte Qualität bisheriger Schulformen für die Zukunft garantieren zu können. Ein integratives System kann das unserer Meinung nach nicht leisten.

Insgesamt ist für Nordrhein-Westfalen aktuell festzuhalten: Politische Arbeit erledigt sich am besten jenseits von Experten, Expertisen und jenseits jeglicher Basisorientierung! Das ist Politik ohne Netz und doppelten Boden und ohne jeglichen Sachverstand – eben Politik im luftleeren Raum!

Für die Kinder unseres Landes lässt das nichts Gutes erahnen!

 *Brigitte Balbach* ist Vorsitzende des *Lehrer nrw* – Verband für den Sekundarbereich
E-Mail: info@lehrernrw.de



Auf Schmusekurs zur Einheitsschule

Die Gemeinschaftsschule soll als eierlegende Wollmilchsau der rot-grünen Minderheitsregierung alle Probleme lösen: Demografische Entwicklung abfedern, soziale Ungleichheiten eibebnen, Bildungsqualität sichern. Alles klingt sehr hübsch. Kein Kind wird zurückgelassen, keine Schule wird geschlossen. Fast zu schön, um wahr zu sein.



von **ULRICH BRAMBACH**

Es ist ein wiederkehrendes Ritual: Zu Beginn des Schuljahres erinnert sich das zuständige Ministerium an das Bodenpersonal, die Lehrer und Lehrerinnen. Da hat auch die neue Hausherrin im Schulministerium, Sylvia Löhrmann, keine Ausnahme gemacht. Erstmals in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen steht eine Ministerin an der Spitze des Schulministeriums, die der Partei Bündnis 90/Die Grünen angehört. Vielleicht liegt es daran, dass sie bei der Auftakt-Presskonferenz im proppevollen Pressezentrum des Landtags von den anwesenden Journalisten so ausnehmend nett behandelt wird. So zahm hat ihre Vorgängerin

Barbara Sommer trotz aller Charme-Bemühungen die Berichterstatter selten erlebt.

» **Alles besser, für alle**

Inhaltlich gibt es wenig Neues. Selbstverständlich will Sylvia Löhrmann, wie alle ihre Vorgänger und Vorgängerinnen, dass alles besser wird, dass mehr Jugendliche bessere Bildungsabschlüsse erreichen und dass kein Kind verloren geht. Damit das gelingen möge, bringt die rot-grüne Minderheitsregierung als eierlegende Wollmilchsau die Gemeinschaftsschule an den Start. Sie soll die demografischen und sozialen Probleme des Landes lösen – und das natürlich ohne Verluste bei der Bildungsqualität.

Im Statistikeil bombardiert Löhrmann die Pressevertreter mit sämtlichen verfügbaren

Zahlen und Daten. Dabei zeigt sich, dass die Schülerzahl in Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zum Schuljahr 2009/2010 um rund 1,2 Prozent zurückgegangen ist und die Zahl der Erstklässler sogar um 4,9 Prozent. Die Übergangsquoten von den Grundschulen in die weiterführenden Schulen entsprechen im Allgemeinen der Tendenz der vergangenen Jahre: weitere Abnahme der Quote an den Hauptschulen, Anstieg an den Realschulen und Gesamtschulen und Stagnation an den Gymnasien. Bei insgesamt zurückgehenden Schülerzahlen wird sich erweisen, welche Schule bzw. Schulform auf Dauer Zukunft hat und überleben wird.

» Gemeinschaftsschule ist nicht gleich Gemeinschaftsschule

Die neue Landesregierung setzt auf die Gemeinschaftsschule, weil sie ein massives Schulsterben verhindern will, sagt aber gleich dazu 'NRW-Gemeinschaftsschule'. Denn Gemeinschaftsschule ist nicht gleich Gemeinschaftsschule. Dank des segensreichen Bildungs-Föderalismus kann niemand in der Bundesrepublik noch exakt zwischen den Schulformen in den einzelnen Bundesländern für die Sekundarstufe I unterscheiden. Die Namen sagen jedenfalls sehr wenig darüber aus, was das jeweilige Bildungsziel ist und wie da gelernt werden soll.

NACH REDAKTIONSSCHLUSS

...hat Schulministerin Sylvia Löhrmann die Eckpunkte für die neue Gemeinschaftsschule in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Die Gemeinschaftsschule soll im Rahmen eines Modellversuchs eingeführt werden. Damit umgeht die rot-grüne Minderheitsregierung das Parlament, in dem sie keine Mehrheit hat. Das Konzept von Ministerin Löhrmann lässt zwar auch differenzierte Modelle innerhalb der Gemeinschaftsschule zu, macht diese aber so unattraktiv, dass sie in der Praxis kaum eine Chance haben dürften. Diese eklatante Bevorzugung des integrativen Weges zum Beispiel durch kleinere Klassengrößen ist aus Sicht von *Lehrer nrw* einer der Hauptkritikpunkte. Mehr zur neuen Gemeinschaftsschule lesen Sie im Internet unter www.lehrernrw.de und in der nächsten Ausgabe Ihrer Verbandszeitschrift '*Lehrer nrw*'.

Aufbauend auf einer vierjährigen Grundschule – also keine Schule von Klasse 1 bis 10 – soll die NRW-Gemeinschaftsschule gymnasiale Standards erreichen und entweder mit einer Schule der Sekundarstufe II kooperieren oder eine eigene Oberstufe anbieten.

ten. Wo und wie die Schülerinnen und Schüler beschult werden, die kein gymnasiales Niveau erreichen können, bleibt unklar.

Da von der Landesregierung keine Schule und keine Schulform geschlossen werden soll – das bringt nur Unannehmlichkeiten –, erhalten die Städte und Gemeinden mehr Entscheidungsspielräume. Zukünftig wird also vor Ort entschieden, welche Schulform angeboten werden soll. Da die Schule am Ort ein wichtiger Standortfaktor ist, werden bei der Entscheidung andere Faktoren die zentrale Rolle spielen als Qualität und Leistungsfähigkeit.

» Bildungskonferenz: Die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner

Ein Novum ist die Einladung zu einer Bildungskonferenz mit mehr als fünfzig Institutionen aus Bund und Land. Ziel soll der größtmögliche Konsens mit allen Beteiligten sein. In Anbetracht der Pluralität unserer Gesellschaft und sich häufig widersprechender wissenschaftlicher Gutachten zu ein und derselben Frage kann das Ergebnis nur der kleinste gemeinsame Nenner sein. Ob das dann das Beste für unsere Kinder und Jugendlichen und damit für die Zukunft unserer Gesellschaft ist, bleibt abzuwarten.



Ulrich Brambach ist Schatzmeister des Lehrerverband für den Sekundarbereich
E-Mail: info@lehrernrw.de

MÜNCHENER VEREIN
VERSICHERUNGSGRUPPE
Der Generationen-Versicherer



Schützen Sie Ihr Erbe!

SELECT CARE Pflege – der neue innovative Pflegeschutz nach flexiblem Baukastenprinzip ohne Gesundheitsfragen und Höchstaufnahmearter! Einfach – flexibel – individuell!

- Hohe Flexibilität bei der Wahl der Tagesgeldhöhe der einzelnen Pflegestufen
- Verschiedene Optionen zur Beitragsbefreiung
- Leistungen bei ambulanter und stationärer Pflege
- Reformsichere Umstellungsoptionen

Jetzt NEU!

Wir versichern den Öffentlichen Dienst!

MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe, Pettenkoferstr. 19, 80336 München
verbaende@muenchener-verein.de, www.muenchener-verein.de, Service-Hotline: 01805/5205513
(14 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen)



Foto: Berthold Werner / wikipedia

Wahrzeichen Triers

und selbstverständlich Teil des Reiseprogramms bei der *Lehrer nrw* Senioren-Fahrt: die berühmte Porta Nigra.

Viertägige Trier-Fahrt im Mai 2011

Der Ausschuss 'Pensionäre' lädt die Seniorinnen und Senioren des Verbandes *Lehrer nrw* zu einer viertägigen Fahrt nach Trier ein. Sie findet vom 9. bis zum 12. Mai 2011 statt. Die Teilnehmer sind im Hotel Mercure in der Nähe der Porta Nigra untergebracht. Geplant sind neben Besichtigungen der zahlreichen Sehenswürdigkeiten Triers (unter anderem Trierer Dom, Porta Nigra, Kaiserthermen, Kurfürstlicher Palast, Palastaula, 'Dreikönigshaus') auch ein Besuch in Luxemburg und eine Moselschiffahrt. Pro Person kostet die Fahrt voraussichtlich 230 bis 240 Euro (im Doppelzimmer) bzw. 310 bis 320 Euro (im Einzelzimmer).

Detaillierte Informationen über die genaue Reiseplanung, die Durchführung der Fahrt und Anmeldeöglichkeiten gibt es demnächst im Internet unter www.lehrernrw.de/verband/senioren

Die Fahrt wird wieder mit dem Reiseunternehmen Joamar-Reisen aus Borchen durchgeführt. Dort können Sie auch im Internet zwei detaillierte Reiseberichte der letzten Fahrt nach Dresden finden. Hier die Links: <http://www.thomasklueber.de/Reiseberichte-Gruppenreise-Dresden-NRW-Senioren.pdf> oder <http://www.thomasklueber.de/Reiseberichte-Gruppenreise-Dresden-Lehrerausflug.pdf>

Senioren lernen 'Neue Technologien'

Sechs *Lehrer nrw*-Senioren haben sich am 1. und 2. Juli in der dbb-akademie Königswinter mit einigen noch im Schuldienst stehenden Kolleginnen und Kollegen getroffen, um gemeinsam in die Geheimnisse der 'Neuen Technologien' eingeweiht zu werden. Unter Leitung der Trainerin Pia di Lauro gewannen sie Einblick in die neuesten Versionen von Word, Excel und PowerPoint.

Das Interesse und der Wissensdurst der Teilnehmer war so enorm, dass die Leiterin Pia di Lauro Pausen verordnen musste. Ziel der Veranstaltung war es die aktualisierten Versionen von Excel, PowerPoint und Word kennen zu lernen. Viele der Teilnehmer arbeiten zum Teil auch ehrenamtlich in Schule und/oder Verband, wo die erlernten Kenntnisse und Fertigkeiten gefragt sind. In Kürze wird der Ausschuss 'Pensionäre' weitere Themen für den

Bereich 'Neue Technologien' speziell für Senioren anbieten:

- Umgang mit dem Internet unter anderem mit folgenden Inhalten: Einrichtung eines Computers für das Internet, Browser, Gefahren beim Umgang mit dem Internet, E-Mail-Programme, Erstellen und Versenden von E-Mails.
- Einführung und Umgang mit den Programmen Word, Excel, Power Point und evtl. Outlook.

INFO

Nähere Informationen gibt es regelmäßig in der Verbandszeitschrift '*Lehrer nrw*' als auch auf den Verbandsseiten im Internet unter

www.lehrernrw.de/verband/senioren

Fit am Computer

Senioren von *Lehrer nrw* beim Seminar in der dbb-Akademie.



Sie geben alles. Wir geben alles für Sie.

Mit dem optimalen Schutz von Anfang an.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Dienstanfänger-Police

- Einkommensabsicherung bei Dienstunfähigkeit
- Einstieg in die private Altersvorsorge mit reduziertem Anfangsbeitrag

Vision B

- Umfassender Krankenversicherungsschutz für Beihilfeberechtigte
- Beitragsfrei mitversichert sind medizinische Dienstleistungen

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie – mit Produkten, die auf Ihre Bedürfnisse abgestimmt sind. So wie die speziellen Absicherungen für LehramtsanwärterInnen. Sprechen Sie jetzt mit Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe.

Mehr Informationen:

www.DBV.de oder unter

Tel. 0 180 3 - 00 09 44*

*5 Cent aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk
insome 42 Cent, jeweils je angefallene Minute

Vom dbb vorsorgewerk
empfohlen!



Ein Unternehmen der AXA Gruppe



Brigitte Balbach, Vorsitzende von *Lehrer nrw*, im Gespräch mit Schulministerin Sylvia Löhrmann (Foto links) und mit Oppositionschef Karl-Josef Laumann (Foto rechts).

Bei der Ministerin und beim Oppositionsführer

Ihren Antrittsbesuch bei der neuen Schulministerin Sylvia Löhrmann hat *Lehrer nrw*-Vorsitzende Brigitte Balbach am 2. September absolviert. Fast eineinhalb Stunden lang tauschten sich beide im Schulministerium aus. Auch Staatssekretär Ludwig Hecke nahm an dem Gespräch teil. Positiv: Die Chemie zwischen der Ministerin und der Verbandschefin stimmte.

Ungeachtet dessen bestehen nach wie vor große Differenzen in der Schulstrukturfrage. Sylvia Löhrmann hält kompromisslos an ihrem Gemeinschaftsschul-Modell fest und ließ auch durchblicken, dass sie dabei integrative Systeme bevorzugt. Gleichwohl bekräftigte sie, dass von Landesseite keine Schulform abgeschafft wird (lesen Sie hierzu auch das Interview mit der Ministerin auf Seite 12 und 17).

Durchaus Übereinstimmung gab es in anderen strittigen Fragen, etwa bei der überbordenden Arbeitsbelastung oder bei der Gestaltung günstigerer Rahmenbedingungen, z.B. mit Blick auf Arbeitszeit und Qualitätsanalyse.

Einen weiteren Gesprächstermin hatte Brigitte Balbach am 14. September bei Karl-Josef Laumann, dem neuen Fraktionsvorsitzenden der CDU im Landtag. Beide waren sich einig, dass Reformen der Schulstruktur behutsam angegangen werden müssen und dass es dabei keine Abstriche bei der Bildungsqualität geben darf. Beide erteilten Einheitsschulsystemen eine klare Absage.

Polemik auf Kosten der Realschulen

» Immer mehr Realschüler ohne Ausbildungsplatz«, so lautet die reißerische Überschrift zu einer kürzlich vorgestellten Studie der Bertelsmann Stiftung. Darin geht es um eine Analyse junger Erwachsener zwischen 25 und 34 Jahren ohne Ausbildungsabschluss. 1,5 Millionen Menschen in dieser Altersgruppe in Westdeutschland haben keinen Berufsabschluss – das ist jeder fünfte, lässt die Bertelsmann-Stiftung wissen. Unter diesen Ausbildungslosen sind auch 257.000 Realschulabsolventen. Das ist viel und soll hier nicht verharmlost werden.

Betrachtet man aber alle schulischen und beruflichen Abschlüsse in der untersuchten Altersgruppe, relativiert sich manches: In der Gesamtheit machen die Realschulabsolventen ohne Ausbildungsabschluss eine Gruppe von 3,7 Prozent aus. Und ein zweites: In der Gesamtheit stellen die Realschulabsolventen mit Ausbildungsabschluss die größte Gruppe – nämlich 25,8 Prozent. Das wird in der Studie allerdings nicht besonders hervorgehoben.

Und so drängt sich der Eindruck auf, dass hier zwar wichtige Befunde zu konstatieren sind, dass aber mit solchen Überschrif-

ten Polemik auf Kosten der Realschulen betrieben wird. Und damit wird elegant übergeleitet zum Kapitel 'Reformoptionen', wo einzelne Passagen – oh Wunder – auch aus rot-grünen Wahlprogrammen stammen könnten. Beispiel gefällig? »Statt Kinder immer wieder ihrem vermeintlichen Kompetenzniveau entsprechend in homogene Lerngruppen auf Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien aufzuteilen, sie bei Lernschwierigkeiten eine Klasse wiederholen zu lassen oder abzuschulen, sollte jedes Kind unabhängig von seinem familiären und kulturellen Hintergrund in den Schulen Wert-

schätzung erfahren und in seinem individuellen Lerntempo und mit seinen eigenen Potenzialen unterstützt werden.« Das nennt man wohl einen perfekten Doppelpass zwischen Politik und Wissenschaft.

Für Nordrhein-Westfalen dürfen die Autoren der Studie zur Kenntnis nehmen, dass der Realschulabschluss nach wie vor beste Chancen bietet: In der Wirtschaft sind Realschulabsolventen hoch geschätzt, und an Gymnasien oder Gesamtschulen haben sehr viele Abiturienten ihr Rüstzeug in der Sekundarstufe I an einer Realschule mitbekommen.

Jochen Smets

Mülheimer Kongress

Am 11. und 12. November findet der 43. Mülheimer Kongress statt. Das Motto lautet diesmal 'Neues lernen – neues Lernen'. Das Fachvortrags-Programm am ersten Tag bestreiten Prof. Dr. Thomas Retzmann von der Uni Duisburg-Essen ('Wirtschaft in der Realschule'), Dr. Dieter Böhm von Brain-Consult Barleben ('Hirngerechtes Lehren und Lernen') sowie Dr. Thomas Unterbrink von der Uniklinik Freiburg ('Gegen Burn-Out'). Hinzu kommen drei Arbeitskreise zu diesen Themen:

- Inklusion als Zukunftsaufgabe für die Realschulen?
- EDV-Führerschein NRW – ein neues Profil für Realschulen?
- Kompetenzorientiertes Lernen

Tag 2 beginnt mit einem Vortrag von Prof. Dr. Werner A. Halver von der Hochschule Ruhr West ('Wirtschaft in der Realschule nach dem Start des Modellversuchs'). Ludwig Hecke, neuer Staatssekretär im Schulministerium, zeigt erste Perspektiven nach der Bildungskonferenz in Nordrhein-Westfalen auf. Prof. Dr. Albert Ziegler von der Uni Ulm referiert über 'Längeres gemeinsames Lernen aus pädagogisch-psychologischer Perspektive'. Eine Podiumsdiskussion zur Schulentwicklung in Nordrhein-Westfalen bildet den Höhepunkt und Abschluss des Kongresses.

INFO/ANMELDUNG

lehrer nrw-Geschäftsstelle

Tel.: 02 11/1 64 09 71 · Fax: 02 11/1 64 09 72
info@lehrernrw.de · www.lehrernrw.de

Beitragsanpassung

Nach über zwei Jahren mit unveränderten Mitgliedsbeiträgen und vielen Teuerungen in allen Lebensbereichen, passt auch lehrer nrw die Mitgliedsbeiträge an. Wir weisen darauf hin, dass die Beiträge zum 1. Oktober 2010 um 1,2 Prozent angehoben werden. Wir werden uns darum bemühen, dass wir Ihnen dies wert sind.

Profitieren Sie von Ihrem Berufsstand!

Senken Sie Ihre Belastung!

Beste Konditionen für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker!

BWS

Top-Konditionen

für private Anschaffungen, als Entschuldungsprogramm, zum Kontoausgleich.

Schnelle und unkomplizierte Abwicklung bei Laufzeiten zwischen 12 und 20 Jahren.

bis 80.000,- € möglich



Bank für Wirtschaftsprüfer

Alfred Jäger
Hermann-Loes-Weg 17
51582 Reichshof

Tel.: 02296/508738
Fax: 02296/508560
E-Mail: alfred.jaeger@bws-online.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unvergleichliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenlos an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de · Nulltarif · 0800-33 10 332
Andreas Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Häing-Str. 19 · 46345 Borken



fun for you
STADTREISEN & ZWISCHENREISEN

Mit Spaß individuell reisen

Organisierte Städte-, Sport- & Erlebnisreisen
Deutschland • Niederlande • Tschechien
Erlebnispädagogische Klassenfahrten

Mozartstraße 34 Fon 0 22 61 / 2 54 00 www.funforyou-reisen.de
51643 Gummersbach Fax 0 22 61 / 2 54 00 funforyou@t-online.de

An alle Lehrer, Schulsehlergehörige und Kulturbegleisterle in NRW!

Neu: Jetzt Reisen auch in den Schulferien ab/bis Köln/Bonn

Fordern Sie unsere Broschüre Herbst/Winter/Frühjahr 2010/2011 unter www.srd-reisen.de an.

Reisebeispiele:

- Andalusien Rundreise am 12.-19.10.2010 für € 754,- pro Person im DZ inkl. HP
- Krakau Städtereise am 11.-15.10.2010 für € 392,- pro Person im DZ inkl. Frühstück

Unser Tipp für "Neujahr": Städtereisen nach Berlin, Dresden oder Wien am 03.01.-07.01.2011 inkl. Flug, Ausflugsprogramm und 4 Übernachtungen/Frühstück ab € 299,- pro Person im DZ

SRD REISEDIENTST

71634 Ludwigsburg · Moltkestraße 19
Tel.: 0 71 41/97 10 00 · Fax: -97 100 99 · E-Mail: info@srd-reisen.de · www.srd-reisen.de



Großbaustelle Schulsystem

In Nordrhein-Westfalen gibt es neben den bestehenden Schulformen bald die ersten Gemeinschaftsschulen, die auf zwei Wegen zum Ziel führen können: integrativ oder differenziert. Die Gymnasien dürfen sich in G8- und G9-Gymnasien aufteilen. Viele Wege – und Umwege – führen also zum Ziel. Da den Durchblick zu behalten, dürfte schwer werden.

Versuchsballon Ascheberg

In der münsterländischen Gemeinde Ascheberg soll zum Schuljahr 2011/12 die erste Gemeinschaftsschule in Nordrhein-Westfalen starten. Rot-Grün bejubelt das als Vorzeigeprojekt, als Startschuss für die Gemeinschaftsschule, ein Kernanliegen der Düsseldorfer Minderheits-Koalition. Die CDU-geführte Gemeinde hat bereitwillig zugestimmt. Doch an der betroffenen Realschule sind viele skeptisch. Die Schulkonferenz habe einen völlig anderen Weg gehen wollen, heißt es.

Alexander Ruhe sprüht geradezu vor Begeisterung. »Wir bekommen Anfragen von Kommunen jeder Größenordnung. Teilweise sogar aus Niedersachsen und Bayern«, sagt der Leiter des Schulverwaltungsamts der Gemeinde Ascheberg. Dort startet demnächst der größte

schulpolitische Versuchsballon in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Rot-Grün will die Gemeinschaftsschule, und Ascheberg soll der Vorreiter werden. Für Oktober, spätestens November, ist mit der Genehmigung zu rechnen, hat Schulministerin Sylvia Löhrmann unlängst angekündigt.

▶▶ Ascheberg wählt integratives Modell

In der Gemeinschaftsschule sollen die Realschule Ascheberg und die im Ortsteil Herbern liegende Hauptschule aufgehen. Die Landesregierung lässt den Kommunen, also auch Ascheberg, viel Spielraum: In Klasse 5 und 6 soll integrativ gearbeitet werden. Ab Klasse 7 steht es den Schulträgern frei zu entscheiden, ob es in getrennten Bildungsgängen oder integrativ weitergeht. Ascheberg hat sich für das integrative Modell entschieden. Um die vom Schulministerium vorgegebenen gymnasialen Standards zu sichern, sucht Ascheberg derzeit ein Gymnasium oder eine Gesamtschule als Kooperationspartner für die Oberstufe. Entwickelt hat das Ascheberger Modell eine Expertenkommission. In diesem sechsköpfigen Gremium saß gerade mal ein Vertreter mit Realschul-Vergangenheit. Als Berater im Boot war der Bildungswissenschaftler Dr. Ernst Rösner, der bisher nicht

gerade als Verfechter des gegliederten Schulsystems aufgefallen ist.

» Skepsis bei Lehrern, Schülern, Eltern

Die wahren Realschul-Experten waren jedoch nicht gefragt – nämlich die Lehrkräfte an der Realschule Ascheberg. Dort ist man vom Gemeinschaftsschul-Konzept alles andere als begeistert. »Wir sind alle sehr skeptisch«, sagt eine Lehrkraft, die nicht genannt werden möchte. »Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten in einer Klasse – wie soll das gehen? Aus unserer Sicht ist dieses Konzept unausgegoren, ein Wolkenkuckucksheim.« Auch die Realschüler seien skeptisch, die Eltern sowieso, heißt es aus dem Kollegium.

» Schulkonferenz wollte anderen Weg

Die Verärgerung ist verständlich, denn die Schulkonferenz der Ascheberger Realschule wollte eigentlich einen anderen Weg gehen. Ursprünglich war ein Drei-Säulen-Modell vorgesehen, in dem Haupt- und Realschule sowie ein gymnasialer Zweig unter einem Dach vereint werden. Auf ausdrücklichen Wunsch der Eltern sei ein Passus aufgenommen worden, wonach es »nur getrennten und keinen gemeinsamen Unterricht von Schülern der einzelnen Schulformen gibt«, wird Schulleiter Manfred Schubert im 'Westfälischen Anzeiger' zitiert. Die Expertenkommission empfahl jedoch den gemeinsamen Unterricht. Dem folgten Politik und Verwaltung in Ascheberg bereitwillig. Und bei Schulministerin Sylvia Löhrmann und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft stieß dieses Konzept sowieso auf innige Gegenliebe.

Eingebunden in die aktuelle Entwicklung ist die Realschule Ascheberg offenbar nicht. »Wir erhalten unsere Informationen aus der Zeitung«, sagt die Realschul-Lehrkraft. Direkte Informationen von der Gemeinde oder aus dem Ministerium gebe es kaum. Einige junge Kollegen hätten auf Verdacht Versetzungsanträge gestellt. »Es ist traurig, dass eine Schule kaputtgemacht wird, die funktioniert und in der Gemeinde hohe Anerkennung genießt.«

Jochen Smets

Gemeinschaftsschule Ascheberg

Meinungen aus umliegenden Realschulen

» Ich sehe die Gemeinschaftsschule in Ascheberg gelassen. Ob das eine sinnvolle Generation ist oder nicht, kann man jetzt noch nicht absehen. Auf jeden Fall muss an einer Gemeinschaftsschule erheblich stärker differenziert gearbeitet werden als zum Beispiel an einer Realschule. Ob man dafür die nötigen Rahmenbedingungen schaffen kann, bleibt abzuwarten.

Unsere Konrad-Adenauer-Realschule ist stabil. Wir sind im Augenblick vierzünftig. Wenn es mittelfristig stärkere Schülerrückgänge geben sollte, werden wir vielleicht dreizünftig. Eine existenzielle Bedrohung sehe ich aber nicht. Die Eltern wissen, dass unsere Realschule sehr durchlässig ist und alle Chancen bietet. Wir haben zwei Gymnasien in Werne, mit denen wir sehr gut zusammenarbeiten. Über fünfzig Prozent unserer Schüler haben eine Oberstufenberechtigung. Viele Gymnasiasten kommen als Quereinsteiger zu uns und wechseln nach der Klasse 10 wieder ans Gymnasium zurück.«

Ursula Jahn-Gilles
Leiterin der Konrad-Adenauer-Realschule, Werne

» Wir haben derzeit keinen gemeinsamen Schuleinzugsbereich, insofern tangiert uns die geplante Gemeinschaftsschule in Ascheberg zunächst einmal nicht unmittelbar. Wir sehen uns als private katholische Realschule bislang gut aufgestellt, was sich in den letzten Jahren in durchgängig hohen Anmeldezahlen gezeigt hat.

Uns ist bekannt, dass viele Städte und Gemeinden in der Region mit ähnlichen Gedanken wie die Ascheberger spielen, um ihre Schulformen zu sichern oder sogar das örtliche Angebot zu erweitern. Ob sich Schulen in kirchlicher Trägerschaft solchen Entwicklungen dauerhaft verschließen können, bleibt abzuwarten.«

Gerd Wilpert
Leiter der Realschule St. Martin, staatl. anerkannte private katholische Schule der Kirchengemeinde St. Martinus und Ludgerus, Sendenhorst

» Persönlich bin ich Anhänger des dreigliedrigen Schulsystems. Doch dieses System ist zerstört worden. Die Frage ist: Welches Modell ist tragfähig, wenn die Hauptschulen mittelfristig ausbluten? Die Gemeinschaftsschule ist eine neue Option auf dem Markt. Wenn diese Schulform aber strukturell, personell und materiell stärker unterstützt wird, kann es keinen echten Wettbewerb zwischen Gemeinschaftsschulen und dem gegliederten System geben.

Die Profilschule in Ascheberg ist aktuell keine Konkurrenz für uns, weil wir keine Schüler aus Ascheberg haben. Es gibt allerdings vermehrt Anfragen von Ascheberger Eltern, die über die dortige Entwicklung verunsichert sind bzw. diese ablehnen. Unsere Realschule ist hoch angesehen bei den Eltern und in der Wirtschaft. Fast alle unserer Absolventen bekommen eine Lehrstelle. Sechzig Prozent der Entlassungsjahrgänge erreichen einen Q-Vermerk für die gymnasiale Oberstufe.«

Dr. Jerome Biehle
Leiter der Realschule Lüdinghausen

» Ich glaube nicht, dass durch die Gemeinschaftsschule Ascheberg Schulformen in Münster untergehen. Münster hat eine bunte Schullandschaft, die zukünftig vielleicht noch ein bisschen bunter wird. Als Bedrohung für unsere Erich-Klausener-Realschule sehe ich das nicht. Wir haben sehr stabile Schülerzahlen, auch mit Blick auf die Zukunft. Unsere Schule genießt einen sehr guten Ruf. Sicher ist es so, dass immer mehr Eltern das Abitur für ihr Kind wünschen. Aber wir haben uns diesbezüglich sehr gut profiliert. Wir arbeiten sehr gut mit den Gymnasien zusammen. Siebzig Prozent unserer Schüler schaffen die Qualifikation zum Besuch der gymnasialen Oberstufe. Bei uns haben die Schüler mehr Zeit, sich zu entwickeln. Das schätzen die Eltern. Die Realschule ist der sanftere Weg zum höheren Ziel.

Grundsätzlich finde ich es in der Gemeinschaftsschul-Diskussion nicht gut, wenn der Eindruck erweckt wird, dass alle das Abitur machen können. Das ist unrealistisch. Man darf auch die Gefahren einer Gemeinschaftsschule nicht verkennen. Damit ein solches Modell funktioniert, ist eine sehr gute Binnendifferenzierung erforderlich.«

Claudia Schöppner
Leiterin der Erich-Klausener-Realschule, Münster

»Von Landesseite wird keine Schule und keine Schulform abgeschafft«

Die neue Schulministerin Sylvia Löhrmann im Exklusiv-Interview mit *Lehrer nrw*.

Lehrer nrw: Die FDP hat jüngst Unterstützung für Ihre Schulpläne signalisiert, und auch in der CDU deutet sich Bewegung an. Auf SPD und Linke können Sie ohnehin zählen. Sie müssten gerade eine sehr glückliche Schulministerin sein.

Sylvia Löhrmann: Ich freue mich über jede positive Reaktion auf die Einladung zur Bildungskonferenz. Je mehr zustimmende Signale kommen, desto eher wird es uns gelingen, auf Landesebene zu einem Schulkonsens zu kommen. Das ist ganz im Sinne der Eltern, die ein hohes Interesse an pragmatischen Lösungen haben. Es macht ja auch keinen Sinn, von oben etwas gegen den Willen der Menschen vor Ort zu verordnen. Wir wollen Betroffene zu Beteiligten machen, deswegen setzen wir auf eine Politik der Ermöglichung.

Was sind die schulpolitischen Hauptziele der rot-grünen Landesregierung?

Der Zusammenhang zwischen Bildungsaufstieg und sozialer Herkunft ist hierzulande immer noch zu groß. Außerdem wissen wir aus Schulleistungsstudien, dass wir eine zu große Risikogruppe haben und im internationalen Vergleich zu wenig Spitzenleistungen. Also: Unser Schulsystem muss sozial gerechter werden, und wir müssen in der Spitze und in der Breite besser werden. Wir setzen hier auf eine innovative Schulentwicklung von unten, zum Beispiel mit dem Angebot an die Kommunen, Gemeinschaftsschulen einzurichten. Bei insgesamt rückläufigen Schülerzahlen und drohenden Schulschließungen vor allem auf dem Land bietet die Gemeinschaftsschule die Möglichkeit, ein attraktives Schulangebot vor Ort zu erhalten. Gleichzeitig können in der Gemeinschaftsschule mehr Schülerinnen und Schüler zu höheren Abschlüssen geführt werden, denn die Gemeinschaftsschule bietet gymnasiale Standards an.



Foto: MSW NRW

»Wir setzen auf eine innovative Schulentwicklung von unten, zum Beispiel mit dem Angebot an die Kommunen, Gemeinschaftsschulen einzurichten. Bei insgesamt rückläufigen Schülerzahlen und drohenden Schulschließungen vor allem auf dem Land bietet die Gemeinschaftsschule die Möglichkeit, ein attraktives Schulangebot vor Ort zu erhalten. Gleichzeitig können in der Gemeinschaftsschule mehr Schülerinnen und Schüler zu höheren Abschlüssen geführt werden, denn die Gemeinschaftsschule bietet gymnasiale Standards an.«

Sie haben auf Ihrer Auftakt-Presskonferenz gesagt, dass Sie von Landesseite keine Schule schließen und keine Schulform abschaffen wollen. Das kommt einer Bestandsgarantie gleich, also auch für bestehende Hauptschulen und Realschulen. Was konkret sind Ihre Pläne mit den rund 550 Realschulen und 670 Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen?

Die Schulentwicklungsplanung war, ist und bleibt Aufgabe der Städte und Gemeinden. Ich kenne auch niemanden, der daran etwas ändern will. Das ist auch nicht sinnvoll, denn es soll vor Ort über das Schulangebot entschieden werden. Von Landesseite wird keine Schule und keine Schulform abge-

schaft. Das Land gibt lediglich den rechtlichen Rahmen vor, in dem sich die Kommunen bewegen können, und sorgt dafür, dass Bildungsstandards eingehalten werden.

Müssen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien ein langsames Ausbluten befürchten, weil die neuen Gemeinschaftsschulen mit besseren personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden?

Keine Schule, die erfolgreich arbeitet und von den Eltern angenommen wird, muss um ihre Existenz fürchten. Klar ist aber auch, dass die Gemeinschaftsschule eine sehr heterogene Schülerschaft haben wird, weil hier verschiedene Schulformen zusammengeführt werden. Das stellt besondere Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer. Die individuelle Förderung ist hier eine große Herausforderung. Darauf müssen wir die Kollegien vorbereiten. Das tun wir, indem wir den neuen Gemeinschaftsschulen eine maßgeschneiderte Fortbildung anbieten und indem wir die Klassengröße begrenzen. Das ist sachgerecht und angemessen. Und im Übrigen sind alle Schulen eingeladen, sich an der Gemeinschaftsschule zu beteiligen.

Sie haben angekündigt, Projekte fortzuführen zu wollen, die noch unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung angestoßen worden sind. Die Ganztagsoffensive zum Beispiel hat gerade die Realschulen deutlich gestärkt. Auch der jetzt gestartete Modellversuch 'Wirtschaft an Realschulen' trägt zur Profilierung dieser Schulform bei. Werden der Ausbau des Ganztags und der Modellversuch zur Einführung des Fachs Wirtschaft fortgeführt?

Das ist keine Frage: Wir werden den Ausbau des Ganztags weiter fortsetzen. Wir werden

Lesen Sie die Fortsetzung des Interviews mit Schulministerin Sylvia Löhrmann auf Seite 17.

Der Homo Oeconomicus

Ein Vorbild für den Wirtschaftsunterricht an Realschulen in Nordrhein-Westfalen?

Der Modellversuch 'Wirtschaft an Realschulen' hat begonnen. Wissenschaftlich begleitet wird er unter anderem von Prof. Dr. Werner A. Halver. Er hielt bei der Auftaktveranstaltung zum Start des Modellversuchs einen Vortrag, den Lehrer nrw dokumentiert.

Benötigen Schüler vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Ereignisse, namentlich Finanzmarktkrise, Griechenlandkrise, Eurokrise, den grundlegenden und den vertiefenden Erwerb ökonomischer Kompetenzen? Die Frage wird von mir mit einem klaren »ja« beantwortet, denn ich sehe einen Bedarf an ökonomischer Bildung aufgrund von mindestens drei zentralen Merkmalen.

» Drei gute Gründe für ökonomische Bildung

1. Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund ihrer starken Exportabhängigkeit ein Land, das seine Wettbewerbsfähigkeit in einer Vernetzung von MINT-The-

men mit der ökonomischen Realisierung von Technologien und Ideen fortwährend unter Beweis stellen muss, um den Wohlstand zu sichern.

Bei der Ausübung eines technisch-handwerklichen Berufs der dualen Ausbildungsgänge benötigt man – ebenso wie in den akademischen Qualifikationen der Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften – zunehmend ein ökonomisches Grundverständnis über die Chancen in Wettbewerbsmärkten. Deutschland ist nicht mehr einer von wenigen Qualitätsanbietern auf den Weltmärkten, sondern einer von vielen, was die zunehmende Marktorientierung begründet.

2. Die arbeitsteilige Integration in die Netzwerke regionaler und internationaler Wirtschaftstätigkeit vergrößert nicht nur
- die Chancen des Einzelnen, sondern auch
 - die individuellen Risiken (zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Anstieg der Kosten für die Vorsorge, Überforderung der Konsumenten) und
 - die gesamtgesellschaftlichen Risiken (zum Beispiel Schuldenstaat, Wäh-

rungsrisiken, ökologische Folgen ökonomischer Aktivitäten).

Je mehr diese Risiken transparent sind – so die These – desto mehr kann man sie reduzieren, wobei der Nullpunkt nie erreicht wird.

3. Die Wirtschaftswelt ist keine Parallelwelt der Gesellschaft, sondern ist verbunden mit dem demografischen und soziologischen Aufbau dieser. Daraus ergibt sich eine Netzwerkfunktion auch im Hinblick auf die Kompetenzvermittlung an Schulen. Wirtschaft im Unterricht bedeutet deshalb inhaltlich auch immer:

- angewandte Mathematik,
- gelebte Sozialwissenschaft,
- gegenwartbezogene Geschichte,
- problemorientierte Geographie und
- kulturkreisspezifische Religionsausübung (zum Beispiel warum gibt es in streng islamisch geprägten Ländern keinen Zins?).

Kurz: Wirtschaft bietet sich stets als verbindendes Glied zwischen den Fächern des Unterrichts an.

Aber ist der viel zitierte Homo Oeconomicus dafür das geeignete Modell? Oft wird damit ein normatives Verhaltensmo-





Foto: Fotolia/Christian Schwiier



Foto: MEV

dell in Verbindung gebracht, das sich primär am Gewinnstreben, einer individuellen Risikominimierung oder der Außerachtlassung solidarischer Gesichtspunkte in einer Volkswirtschaft orientiert.

» Zusammenhänge und Abhängigkeiten sichtbar machen

Ein solches Menschenbild kann niemand ernsthaft als roten Faden für den Wirtschaftsunterricht an nordrhein-westfälischen Schulen wollen. Tatsächlich handelt es sich auch nur um ein Modell, das uns helfen soll, wirtschaftliche Verhaltensweisen isoliert zu betrachten, um Zusammenhänge bzw. Abhängigkeiten sichtbar zu machen, zum Beispiel die Analyse individueller Nutzenmaximierung unter der Annahme bestimmter Restriktionen. Naturwissenschaftler und Ingenieure arbeiten mit ähnlichen Modellen der isolierenden Abstraktion, ohne dass daran Anstoß genommen würde; dabei handelt es sich meist auch um eine Partialanalyse, die der Adaption an die realen Erfahrungswerte bedarf. Aber auch Schüler sollten Modelle

kennen, wenn ich zum Beispiel an die gut begründete Keynesianische Theorie des *deficit spendings* denke, die Politikern nahelegt, bei Nachfragedefiziten in einem Land Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme aufzulegen – aber die Theorie besagt eben auch, dass die Schulden in guten Zeiten schnell wieder zurückgezahlt werden müssen. Hier hilft das Modellwissen zur Beurteilung realer Wirtschaftspolitik.

» Inflation nicht im Reagenzglas simulierbar

Und doch ist nicht die Modell-, sondern die Erfahrungswelt der eigentliche Gegenstand der Ökonomik und zwar inhaltlich und methodisch. Ökonomen vermögen nicht, Experimente durchzuführen wie dies Chemiker, Physiker oder Ingenieure können; eine Inflation können wir nicht im Reagenzglas ausprobieren. In Bezug auf Inflation greifen wir auf Erfahrungen zurück,

- zum Beispiel in Deutschland (Zerstörung des Kapitalstocks der Sozialversicherungen),

- zum Beispiel den Folgen von Inflation für das Wachstum im Lateinamerika,
- zum Beispiel der staatlichen Preiskontrolle in den Diktaturen der Nazis und der Sozialisten oder
- zum Beispiel auch den Spekulationen an den Kapitalmärkten in Erwartung zunehmender Staatsverschuldung (wie jüngst erst geschehen).

Auch die Verwendung ökonometrischer Programme ist meist sehr unzureichend; die Ergebnisse hängen von den dahinter stehenden Modellierungen ab, die von mehr oder weniger restriktiven oder wirklichkeitsnahen Annahmen begrenzt sind.

» Schüler können eigene Erfahrungswelt einbringen

Ökonomie ist primär eine Erfahrungswissenschaft, und somit kann jeder Schüler seine Erfahrungswelt in den Unterricht einbringen. Diese Erfahrungswelt umfasst

- die ersten Verhandlungen ums Taschengeld,
- die Erfahrung, dass eben dieses knapp ist,



Foto: Fotolia/Bernd Leitner



- den Erfolg oder Misserfolg der Eltern im Beruf,
- die Konsummöglichkeiten für einen Urlaub oder das iPhone, wie auch
- die Auseinandersetzung mit der Ausbildungswahl, sprich den Beruf oder
- die Bilder einer defekten Ölbohrinsel, die die ökonomische Lebensgrundlage von Fischern und Tourismusangebietern auf Jahrzehnte hin vernichtet.

Die Realität ist ebenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung nicht geprägt von der Modellwelt, sondern

- von dem Auf und Ab der Konjunktur einer Volkswirtschaft,
- dem Versagen oder dem Erfolg einzelner Manager,
- der Ideenfindung und nachfolgenden Umsetzung in ein neues Geschäftsmodell, was nicht selten aus den privaten Haushalten heraus erfolgt und weniger aus Gründungszentren und *start up* Initiativen der lokalen Wirtschaftsförderung, wie auch
- der Belastung des einzelnen durch den Fiskus – auch Schüler zahlen Steuern!

Neben der Realität der Geld- und Güterkreisläufe, die den Schülern unbewusst bereits früh begegnet, gibt es Leistungen in einer Gesellschaft, die nicht über die Märkte abgewickelt werden, wie zum Beispiel freiwillige soziale oder ökologische Arbeiten, ohne die eine Gesellschaft und eine Volkswirtschaft nicht funktionieren kann.

» Soziale Marktwirtschaft als Leitbild

Leitbild eines modernen Wirtschaftsunterrichts sollten die grundlegenden Konzepte der sozialen Marktwirtschaft sein. Sie gründet auf den Erfahrungen mit der Ausschaltung von Marktmechanismen auf Zeit, dort wo man den Marktkräften nicht vertrauen kann und der Nutzung eben dieser, namentlich der Preisbildung auf Wettbewerbsmärkten, wo immer und wann immer es möglich ist. Sie warnt vor ideologisch begründeten Markteingriffen und bestimmt dennoch einen starken Staat, ohne dass dieser in jede aktuelle Marktverwertung mit Subventionen oder außerwirtschaftlicher Protektion eingreifen muss. Diese Wirtschaftsordnung betont die Not-

Facetten von Wirtschaft

von links: Taschengeld als verfügbare, aber meist knappe Ressource; Konsummöglichkeiten und -grenzen; Arbeitslosigkeit als Risiko einer Marktwirtschaft; eine Ölbohrinsel, die einerseits Wohlstand sichern, andererseits aber – wie bei der Katastrophe im Golf von Mexiko geschehen, die Lebensgrundlage von Fischern und Tourismusangebietern zerstören kann.

wendigkeit der individuellen Leistungsfähigkeit, ebenso wie sie die Solidarität mit den nicht Leistungsfähigen in einer Gesellschaft festschreibt.

Die offene Volkswirtschaft als Prozessfeld ist der moderne Sozialstaat, der seine Wurzeln in einem christlich europäischen Wertesystem und der dezentralen Herausbildung der Gesellschaftsorganisation des Mittelalters in den Villikationen der Grundherrschaft und im Freiheitsstreben der Städte hat.

Dieses Leitbild der sozialen Marktwirtschaft wird insbesondere deutlich in den sog. Euckenschen Prinzipien, die ich bis heute als modern und wegweisend in eine auf Wachstum, soziale Sicherheit und Nachhaltigkeit bedachte Wirtschaftsverfassung erachte.

Das dahinterstehende Werturteil ist, dass die individuelle Freiheit, etwas →

zu tun oder zu unterlassen, einen hohen Wert an sich darstellt. Damit diese Freiheit ermöglicht wird, bedarf es einiger Prinzipien, die Eucken in Konstitutive und Regulierende gliedert.

Die konstitutiven Prinzipien betreffen jedermann und sind für den Aufbau eines rechtsstaatlichen Gemeinwesens mit garantierten Freiheiten unabdingbar. Sie stellen sicher, dass der Marktmechanismus der relativen Preise seine Lenkungsfunktion wahrnimmt und damit die wettbewerbliche Ordnung etabliert.

» Verantwortung für Unternehmer, Konsument und Arbeitnehmer

Während die meisten Prinzipien dem Wortlaut nach klar und präzise formuliert sind, namentlich

- die Sicherung der Eigentums- und Verfügungsrechte an den PF (was auch den Umgang mit vermeintlich knappen Umweltgütern betrifft),
- die Stabilität der Währung (die aus historischer Erfahrung nicht dem Zugriff der Politik unterliegen sollte,
- der freie Marktzugang und Austritt (Subventionsproblematik) und
- die Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik über mehrere Legislaturperioden hinweg (Thema Energiemärkte),

bedarf es bei jenem der 'Kompetenz und Haftung' einer Erläuterung. Das Kompetenzprinzip entspricht dem der Gewinn- und Nutzenmaximierung von Unternehmen und privaten Haushalten und beschreibt somit die Antriebskraft für wirtschaftliche Leistung, wie sie auch beim Modell des Homo Oeconomicus unterstellt wird. Erst dadurch, dass Eucken die Haftung im gleichen Moment erwähnt, wird das Prinzip konstitutiv für eine Gesellschaft, da es den einzelnen – Unternehmer, Konsument und Arbeitnehmer – auf die gesamtgesellschaftliche Verantwortung seines Handelns festlegt. Damit zielt das Prinzip auf eine Verantwortungsethik der am Wirtschaftsleben Teilnehmenden und verwirft eine Gesinnungsethik, bei der gute

Absichten und Motive mehr zählen als konkrete Resultate individueller Aktionen.

Die regulierenden Prinzipien umreißen die Aufgaben, die die Wirtschaftspolitik im Rahmen dieser Wettbewerbsordnung wahrzunehmen hat, gleichzeitig auch um diese Ordnung zu sichern. Insofern beschränken diese Prinzipien die individuelle Freiheit an vielen Stellen, wenn zum Beispiel die Umwelt oder die soziale Stabilität in einer Gesellschaft Gefahr läuft, nachhaltig beschädigt zu werden. In der Praxis erleben wir dies am Beispiel der Monopolkontrolle, dass die deutsche Kartellbehörde Unternehmen abstrafte, die preisliche Absprachen getroffen haben und somit die Konsumenten belasten. Keine Branche scheint gefeit zu sein, wie die Medien in den vergangenen Wochen berichteten: Zement und Aufzüge, Kaffee und Brillengläser, Badewannen und Kloschüsseln. Pessimisten sehen in der Serie aufgedeckter Fälle die Spitze des Eisberges, Optimisten einen Beleg dafür, dass das Kartellamt über Instrumente verfügt, um Preistreibern das Handwerk zu legen.

» Grenzen der Politik

Konstitutive und regulierende Prinzipien sind auf Dauer angelegt und haben zwei grundlegende Implikationen.

- Erstens: Sie schaffen Anreize für das Verhalten der Wirtschaftssubjekte, setzen ihnen aber zugleich Grenzen.
- Zweitens: Sie stecken den Rahmen für die politischen Entscheidungsträger ab. Das heißt, dass auch die Politik die Grenzen staatlicher Tätigkeit und Einflussnahme zur Erreichung ökonomischer Ziele akzeptieren muss, sprich, dass man sich den Marktkräften im Strukturwandel nicht dauerhaft entziehen kann.

Auch die Prinzipien Euckens kommen nicht aus ohne Modellannahmen wie beim Homo Oeconomicus. Mehr noch, die Kritik bezieht sich auf den utopischen Charakter des zur Norm erhobenen theoretischen Grenzfalls der vollständigen Konkurrenz. So wird man rückblickend behaupten müssen, dass die von Eucken genannten Prinzipien in der Bundesrepublik oft missachtet

DER AUTOR

Der Volkswirt und Wirtschaftsgeograph Prof. Dr. rer. pol. Werner A. Halver ist Leiter des Wirtschaftsinstituts der Hochschulen Ruhr West (HRW), Dozent für Bildungsökonomie im Studiengang Bildungs- und Sozialmanagement mit dem Schwerpunkt frühe Kindheit an der FH Koblenz sowie Modulverantwortlicher MBA für den Studiengang BWL, Vertiefung Freizeit und Tourismuswirtschaft am RheinAhrCampus Remagen



wurden – zuletzt sehr umfassend bei der Aushöhlung des Maastricht-Vertrags. Gleichwohl lässt sich erkennen, dass wann immer man der Praktizierung seiner Prinzipien sehr nahe war, Deutschland den höchsten Wohlstand genoss. Euckens Prinzipien sind das praktische Leitbild einer modernen Industriegesellschaft – sie sind nie Ziel des wirtschaftlichen Handelns.

» Wünsche an den Wirtschafts-Unterricht

Im Ergebnis sollte sich die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler und die Erwartungen, die die Gesellschaft den jungen Leuten gegenüber hat, an diesem Leitbild orientieren können, was gleichsam eine Herausforderung für die methodisch-didaktische Aufbereitung der Lehrkräfte für die zu behandelnden Wirtschaftsthemen im Einzelnen darstellt.

Ich wünsche mir, dass diese ordnungspolitischen Vorstellungen, die die Erfolgsgeschichte der deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten begründen, von den Schülerinnen und Schülern erfasst, kritisch analysiert und handlungsorientiert verinnerlicht werden können, den Lehrkräften und der Bildungspolitik einen Leitfaden für eine moderne regulierte Marktwirtschaft darstellen und die dafür notwendige Freiheit der Gesellschaft festigen können.

Sporthelfer an der Theo-Burauen-Realschule
Schüler organisieren Sportangebote für Schüler – das macht Spaß und hat positive Auswirkungen bis in den Unterricht hinein.



Sporthelfer im Einsatz

Die Theo-Burauen-Realschule in Köln hat mit der Ausbildung und dem Einsatz so genannter Sporthelfer beste Erfahrungen gemacht. Die Sporthelfer rekrutieren sich aus der Schülerschaft: Schüler organisieren Pausensport-Angebote für Schüler. Davon profitieren beide Seiten.



von JAANA LAHTINEN

Als Lehramtsanwärterin an der Theo-Burauen-Realschule in der Kölner Südstadt erlebte ich die Folgen schlechter Bewegungsmöglichkeiten der hier lebenden und lernenden Schüler. Gleich zu Beginn meiner Ausbildung fielen mir einige Schüler durch mangelnde Fitness mit körperlichen Beschwerden, ein unangepasstes Sozialverhalten sowie Lern- und Konzentrationsschwächen auf. Der positive Einfluss von körperlicher Bewegung auf die genannten Defizite gab mir den Anlass, im Rahmen meiner Examensarbeit einen Beitrag zur

Schulentwicklung hinsichtlich einer 'Bewegungsfreudigen Schule' zu leisten. Ich fragte mich, was ich tun könnte, um die Lernatmosphäre zu verbessern und die Identifikation der Schüler mit der Schule zu stärken. Bei einer Internetrecherche stieß ich auf die Konzeption der Ausbildung zum Sporthelfer des Landessportbundes NRW.

» Was sind Sporthelfer?

Unter Sporthelfern versteht man besonders geeignete Schülerinnen und Schüler, die bereit sind, Sportangebote für sich und andere zu organisieren und durchzuführen. Sie sollen dabei eigene Interessen sowie die ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler vertreten

und in die Planung und Durchführung von Sportveranstaltungen einbringen.

» Warum Pausensport?

Das Ziel der Arbeit bestand darin, Bewegung in Form von organisiertem Pausensport zu fördern. Wie Studien belegen, steigert körperliche Aktivität neurotrophe Wachstumsfaktoren bei den Schülerinnen und Schülern, während Stress nach Ameri (2001) zu einem Rückgang der Neurogenese führt. Weitere Studien (u.a. Kubesch, 2005) belegen, dass nur eine freiwillige sportliche Betätigung zu diesen lernbiologischen Zielen und Effekten führt.

Den Pausensport sollten zu Sporthelfern ausgebildete Schülerinnen und Schüler selbstständig organisieren, und die Mitschüler sollten dieses Angebot freiwillig besuchen und nutzen. Dabei sollen sich die Jugendlichen ihren eigenen Spielbedürfnissen entsprechend bewegen können. Oft fehlen den Kindern und Jugendlichen dazu aber wichtige Voraussetzungen. Entweder kennen sie zu wenig Spiele, oder sie haben

Schwierigkeiten, die ihnen bekannten Spiele unter den Rahmenbedingungen der Pause zu spielen. Hier soll das Angebot der Sporthelfer und -helferinnen den Schülerinnen und Schülern eine attraktive Bewegungsmöglichkeit bieten.

sen Basis experimentiert werden kann. Im Anschluss werden die Erwartungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer thematisiert und im Sinne ihrer Mitbestimmung die Umgangsformen sowie Regeln der Lernorganisation in einem gemeinsam entwickelten Ausbildungs-

und motivierendes Auftreten kennen. Zusätzlich werden sie in Erster Hilfe geschult und arbeiten auch als Schulsanitäter.

» Erfolgreich im Schulalltag

Mittlerweile bin ich an der Theo-Burauen-Realschule fest angestellt. Die Testphase der Sporthelferinnen und -helfer war ein voller Erfolg. Die Sporthelferausbildung ist im Schulprogramm installiert, die Sporthelfer im Alltag integriert und der Pausensport für die Erprobungsstufe fester Bestandteil des Schulalltags. Insbesondere die Fünftklässer scheinen in den Stunden nach der großen Pause ausgeglichener und ruhiger. Aber auch die Sporthelfer selbst haben von ihrer Ausbildung profitiert. Sie fielen bei den Kollegen durch verstärktes Engagement und gewachsenes Selbstvertrauen auf. Außerdem fand als Wertschätzung ihrer Arbeit eine gemeinsame Abschlusskifahrt statt.

Die Schule kann durch die Ausbildung zum Sporthelfer die Persönlichkeitsentwicklung von Schülern ganz wesentlich fördern, sie in ihrer Selbstständigkeit unterstützen sowie ihre soziale Verantwortung gegenüber anderen stärken. Außerdem werden sie mit der Ausbildung zum Sporthelfer an eine ehrenamtliche Tätigkeit im Sport herangeführt. Die wünschenswerte langfristige, die Schulzeit überdauernde Bindung junger Menschen an den Sport wird besonders nachhaltig gefördert.

 Jaana Lahtinen ist Lehrerin für Sport und Biologie an der Theo-Burauen-Realschule Köln.



Auf freiwilliger Basis

können Schülerinnen und Schüler an der Theo-Burauen-Realschule verschiedene Sportangebote nutzen. Die Sporthelfer übernehmen die Organisation.

» Wie sieht die Ausbildung der Sporthelfer aus?

Der Aufbau der Ausbildung ist angelehnt an die Programmplanung der Lehrer/Innenfortbildung der Bezirksregierung Köln und gliedert sich in mehrere Phasen bzw. Lerneinheiten. Um den Bedürfnissen meiner Schüler/Innengruppe gerecht zu werden, habe ich die Inhalte der Lerneinheiten zum Teil aber modifiziert. Die Ausbildung beginnt mit einer Kennlernphase, in der sich ein 'Wir-Gefühl' unter den Gruppenmitgliedern entwickeln soll, auf des-

vertrag festgehalten. In einer weiteren Lerneinheit geht es um die eigenständige Reflektion der Schülerinnen und Schüler über persönliche Eigenschaften und Voraussetzungen. Sie sollen nachvollziehen können, nach welchen Kriterien sie für dieses Projekt ausgewählt wurden und sich mit ihren eigenen Stärken und Schwächen auseinandersetzen.

Des Weiteren lernen die Schülerinnen und Schüler, Spiele oder Übungen in der Gruppe zu präsentieren, Regeln und Organisationsformen anzusagen und die Spielsituation zu leiten. Sie lernen Kriterien für ein souveränes

Wir nehmen Ihre Wünsche persönlich

Hypothekenfinanzierungen, Darlehen für Beamte und Akademiker




BANKHAUS DR. MASEL
Bankhaus Dr. Masel AG, Heerstr. 18-20, 14052 Berlin

Informationen im Internet oder persönlich unter Telefon 030 / 300 683 - 0
www.bankhaus-masel.de

Hilfe beim Inklusionsprozess

Lehrer nrw hat sich in den letzten Ausgaben eingehend mit dem Thema Inklusion beschäftigt. Das Thema ist aktuell und allgegenwärtig. Innerhalb des Inklusions-Prozesses an der einzelnen Schule kann die Montag-Stiftung unterstützend wirken.



von FRANK GÖRGENS

Antworten auf die UN-Konvention zu finden, wird eine zentrale Aufgabe der allgemeinbildenden Schulen sein. Für die Realschulen als Schulform ergibt sich die Chance, das eigene Profil zu erweitern, Modernität und diagnostische Kompetenz in die Schule zu »holen« und zu einem Lernort für viele Kinder zu werden. Es gilt aber darauf zu achten und daran mitzuwirken, dass die Rahmenbedingungen, in denen dieser Prozess erfolgt, auch weiterhin ein fachlich anspruchsvolles, berufsorientiertes Arbeiten an der Realschule erlauben. Hilfe dabei versprechen die Montag-Stiftungen.

» Was sind die Montag-Stiftungen?

Die Montag-Stiftungen sind eine Stiftungsgruppe, die Kommunen und allgemeinbildende Schulen bei der Installation des Inklusionsprozesses und somit beim Prozess der Integration von Menschen mit unterschiedlichen Förderbedarfen unterstützen kann. Bei den Stiftungen handelt es sich um eine unabhängige und gemeinnützige Stiftungsgruppe. Sie besteht aus der Stiftung Bildende Kunst (gegründet 1992), aus der Stiftung Jugend und Gesellschaft (gegründet 1998), aus der Förderstiftung (gegründet 2003) und der 2005 gegründeten Stiftung Urbane Räume.

Ganz allgemein verstehen diese Stiftungen ihre Aktivitäten als Beiträge zur Fortentwicklung der Gesellschaft unter dem Leitgedanken 'Handeln in sozialer Verantwortung'. Die Institutionen stellen sich auf mehreren Ebenen durch Projekte aus den Bereichen einer humanen Architektur, einer zeitgenössischen Kunst und einer sozialästhetischen

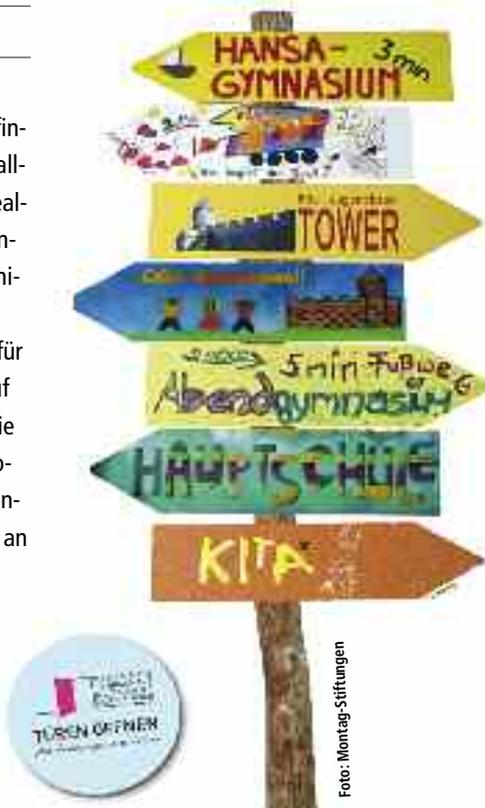


Foto: Montag-Stiftungen

Beispiel für die Arbeit der Montag-Stiftungen

Pädagogische Vielfalt in der Bildungslandschaft Altstadt Nord in Köln.

Bildung vor. Menschen sollen zur Teilnahme motiviert werden, um mit eigenen Aktivitäten zur Entwicklung des Gemeinwohls beitragen zu können.

» Wer war Carl Richard Montag?

Benannt ist die Stiftungsgruppe nach dem deutschen Bildhauer Carl Richard Montag (geboren 1929 in Freienohl im Sauerland). Durch seine unternehmerischen Initiativen unter anderem als Bauherr entstanden einige große Bauvorhaben in der Bundesrepublik, etwa der T-Mobile-Campus in Bonn. 2007 wurde er von der damaligen Schulmi-

nisterin Barbara Sommer für sein Engagement für Kinder und Jugendliche geehrt. 2009 erhielt er den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen für sein Wirken als Stifter.

» Welche Ziele hat die Stiftung?

Die Arbeit der Montag-Stiftung 'Jugend und Gesellschaft' hat das Ziel, aktiv eine positive Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders anzuregen, zu betreiben und zu fördern. Die Aktivitäten umfassen Kooperationsprojekte, Seminare, Tagungen und Workshops, eine Veröffentlichungsreihe – die sozialästhetischen Beiträge – sowie die Zusammenarbeit mit Universitäten und anderen öffentlichen Institutionen, Kommunen und Ländern. Ein zentraler Begriff innerhalb der Arbeit der Stiftung ist der Begriff der 'Sozialästhetik'. Als sozialästhetisches Handeln wird ein Handeln verstanden, das als teilhabendes Handeln von der individuellen Begabung des Einzelnen ausgeht, die Zugehörigkeit zu Gemeinschaften sowie seine sozial und ökologisch nachhaltige Verantwortung gleichermaßen bietet und abverlangt.

Ausgehend von diesem Grundverständnis entwickelt und fördert die Stiftung Ideen, Initiativen und Strukturen, die Inklusion und Teilhabe in unserer Gesellschaft aktiv und nachhaltig ermöglichen. Dabei versteht sich die Stiftung als ein Ort der Vernetzung und des Austausches von Konzepten und Projekten, die den uneingeschränkten Zugang aller Menschen zu einem lebenswerten Leben ermöglichen, die Barrieren und Hindernisse für ein solches Leben beseitigen und die Verwirklichungschancen von Menschen auf allen Ebenen erweitern.



Frank Görgens ist Schriftleiter der Verbandszeitschrift *Lehrer nrw* des *Lehrer nrw – Verband für den Sekundarbereich*. E-Mail: FGoergens@t-online.de

INFO

In der nächsten Ausgabe stellt *Lehrer nrw* das Inklusionsprojekt der Montag-Stiftung vor. Weitere Informationen: www.montag-stiftungen.com

Runderneuerter Web-Auftritt

lehrer nrw hat seinen Internet-Auftritt unter www.lehrernrw.de runderneuert. Mehr Inhalte, viel Nutzwert, ein reichhaltiges Serviceangebot und – ganz neu – ein interner Bereich nur für Mitglieder sind die hervorstechenden Merkmale.

Als *lehrer nrw*-Mitglied können Sie sich künftig in einen exklusiven Mitgliederbereich einloggen. Außerdem finden Sie bereits auf der Startseite die nächsten Termine der *lehrer nrw*-Fortbildungsveranstaltungen. Zudem können Sie live an Umfragen teilnehmen und einen *lehrer nrw*-Newsletter abonnieren.

Die Website ist auf ein großzügigeres, breiteres Format umgestellt worden. Die Navigationsleiste ist jetzt unter dem Logo horizontal ausgerichtet. Fahren Sie mit dem Cursor über die einzelnen Stichworte in der Navigationsleiste, öffnet sich ein Pull-Down-Menü, über das Sie zu den weiteren gewünschten Informationen gelangen. Zur Startseite zurück geht es von jeder angewählten Seite aus mit einem Klick auf das große '*lehrer nrw*-Logo' links oben.

Sie werden zukünftig eine Reihe wichtiger Informationen nur im Mitgliederbereich finden. Um in den Mitgliederbereich



Bessere Übersichtlichkeit, klar gegliederte Informationen, viel Nutzwert und ein exklusiver Mitgliederbereich: Die umgestaltete *lehrer nrw*-Website bietet viel Neues.

hinein zu kommen, tragen Sie in der ganz rechten Spalte unter 'Login' bei 'Benutzername' Ihren Zunamen ein. In der nächsten

Zeile bei Passwort geben Sie bitte Ihre *lehrer nrw*-Mitgliedsnummer an. (Sie finden Ihre fünfstellige Mitgliedsnummer zum Beispiel auf dem Adressaufkleber Ihrer *lehrer nrw*-Zeitschrift in der dritten Zeile von oben zwischen den zwei Rauten.) Mit einem Klick auf 'Anmelden' gelangen Sie in den nur für Mitglieder geöffneten Homepagebereich. Nach erstmaliger Anmeldung im Mitgliederbereich können und sollten Sie Ihr Passwort ändern. Da der Mitgliederbereich gerade neu eingerichtet worden ist, wird er sukzessive aufgebaut.

Im Forum können sich eingeloggte Mitglieder live austauschen. Ihre eingestellten Textbeiträge sind immer automatisch mit dem registrierten Zunamen versehen.

Die Zeitschrift '*lehrer nrw*' werden Sie zukünftig im PDF-Format auch auf der Website im Mitgliederbereich finden, um dort die Artikel lesen zu können, wenn Sie die Zeitschrift nicht gerade zur Hand haben.

Außerdem werden Fotogalerien zukünftiger Veranstaltungen einen lebendigen Eindruck über das Verbandsleben vermitteln. Ebenfalls ist vorgesehen, zu bestimmten Anlässen Videos und Tonbeiträge zu veröffentlichen. Manfred Berretz

Es wird abgekupfert wie nie - das Internet macht es möglich. Jetzt können Sie den Spieß umdrehen und die nicht zitierten Quellen von Google, Wikipedia, etc. aufspüren!



PlagScan

nimmt ganze Facharbeiten, extrahiert automatisch deren einzigartige Signaturen und durchsucht das Internet und Archive, so dass Plagiate schnell entlarvt werden:

- ✓ Markierungen mit Quellenangaben direkt im Text
- ✓ alle gängigen Dateiformate (MS Word, PDF, etc.)
- ✓ Dokumente werden streng vertraulich behandelt
- ✓ Nutzerkonten für das ganze Kollegium
- ✓ durchsucht auch jahrgangsübergreifend Ihr Archiv von Facharbeiten

Jetzt unter www.PlagScan.com kostenlos und unverbindlich als Institution testen; Schullizenz für nur 60,-€ jährlich.

Nur bis 31.10.2010: Sichern Sie sich ein Startguthaben mit folgendem exklusiven Guthabencode für für *lehrer nrw*-Leser

GYSPSGH127

Arbeitszimmer wieder steuerlich absetzbar

Die mit dem Steuerrechtsänderungsgesetz 2007 vorgenommene Neuregelung des § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b Einkommenssteuergesetz (EStG), wonach Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer auch dann von der steuerlichen Berücksichtigung ausgeschlossen sind, wenn für die betriebliche oder berufliche Tätigkeit kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht, verstößt gegen den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz und ist damit verfassungswidrig. Das hat das Bundesverfassungsgericht in einem am 29. Juli 2010 mitgeteilten Beschluss vom 6. Juli 2010 entschieden (Az: 2 BvL 13/09).

» Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit

Im Ausgangsverfahren hatte ein Lehrer die Kosten für sein häusliches Arbeitszimmer geltend gemacht, nachdem ihm seine Schu-

le keinen Arbeitsplatz für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts zur Verfügung stellen konnte. Da ein Büro in den eigenen vier Wänden nach dem seit 1. Januar 2007 aktuellen Gesetzeswortlaut nur dann steuerlich anerkannt wird, wenn es den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit darstellt, bei Lehrern der Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit jedoch regelmäßig in der Schule liegt, waren die Kosten für das häusliche Büro nicht weiter in der Steuererklärung absetzbar. Der Lehrer klagte dagegen vor dem Finanzgericht Münster, das Bedenken an der Anwendbarkeit des EStG äußerte und deshalb die Frage dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt hat. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Bedenken nun bestätigt und den Gesetzgeber dazu verpflichtet, den verfassungswidrigen Zustand rückwirkend zum 1. Januar 2007 zu beseitigen.

» Welchen Weg geht der Gesetzgeber?

Vorerst bleibt abzuwarten, ob der Gesetzgeber die als verfassungswidrig erkannte Neuregelung ersatzlos streicht und zu der bis 31. Dezember 2006 geltenden Regelung zurückkehrt oder lediglich das Erfordernis überarbeitet, das häusliche Arbeitszimmer müsse den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit darstellen, um steuerlich anerkannt zu werden. Wer der Empfehlung des *Lehrer nrw* gefolgt ist und das häusliche Arbeitszimmer bei der Einkommenssteuererklärung auch weiterhin angegeben hat und mithin einen teilweise als vorläufig festgesetzten Einkommenssteuerbescheid erhalten hat, war also gut beraten. Eine rückwirkende steuerliche Berücksichtigung des häuslichen Arbeitszimmers von Lehrerinnen und Lehrern rückt durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in den Bereich des Möglichen.

Michael König, Justitiar

Schulreisekatalog der rheinischen Jugendherbergen Lernfaktor Klassenfahrt



Mehr als 150 Klassenfahrten im 'FahrtFinder 2011' unterstützen erlebnisorientiertes Lernen und fördern das Gemeinschaftsgefühl in der Klasse. 'Flussabenteuer im Doppelkanu' oder 'Erlebnispädagogischer TÜV für die Klassengemeinschaft' – die Angebote vermitteln soziale Kompetenz, vertiefen Fachwissen und sind eine Investition in das Klassen- und Lernklima.

In diesem Jahr neu: 48 Klassenfahrten vertiefen Kompetenzen aus dem Lehrplan für die Grundschule. Gemeinsam mit Schullehrern wurden Kriterien für das neue Klassenfahrts-Siegel entwickelt. Genau hinschauen lohnt auch bei den Preisen: Einige

Jugendherbergen, wie zum Beispiel Hellenthal, bieten günstigere Konditionen als im Vorjahr. Wer seine Klassenfahrt außerhalb der 'Hoch-Zeiten' bucht, profitiert von attraktiven Sparpreisen mit bis zu zwanzig Prozent Preisermäßigung. Einen Drei-Tage-Aufenthalt mit Programm gibt es ab fünfzig Euro pro Person.

Das Team des DJH-Service-Centers Rheinland berät, welches Programm sich für die jeweilige Klasse eignet, weiß, wo Plätze frei sind und reserviert den Aufenthalt. Ein Anruf genügt!

INFO

DJH Service-Center Rheinland · Düsseldorf
Düsseldorfer Straße 1a · 40545 Düsseldorf ·
Tel. 02 11 / 30 26 30 26 · E-Mail: service@djh-rheinland.de. Unter www.djh-rheinland.de gibt's den Katalog auch als eBook zum Download.



Dürfen Beamte im Allgemeinen und verbeamtete Lehrer im Besonderen streiken?

Um diese Frage ging es nicht bei der im Bild zu sehenden dbb-Demonstration im Februar 2009, wohl aber bei einem GEW-Streik am 3. Juni 2010 in Schleswig-Holstein, an dem nach Angaben der Initiatoren mehr als 3.000 verbeamtete Lehrer ihre Arbeit niedergelegt hatten.

Streikrecht für verbeamtete Lehrer

Paradigmenwechsel im deutschen Beamtenrecht?

Der Lehrerstreik in Schleswig-Holstein, bei dem am 3. Juni 2010 nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) landesweit mehr als 3.000 verbeamtete Lehrer nach der dritten Unterrichtsstunde ihre Arbeit niedergelegt haben, um gegen die Schulpolitik der CDU/FDP-Landesregierung zu protestieren, hat erneut die Frage aufgeworfen, wie sich Beamte im Falle eines Streikes juristisch korrekt verhalten.

Entgegen landläufiger Meinung ist das Streikverbot für Beamte weder bundesrechtlich, noch in den Gesetzen einzelner Bundesländern ausdrücklich geregelt; es hat sich vielmehr in der Rechtsprechung entwickelt. Beamte stehen nach Art. 33 GG in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis, aus dem sich für sie unter anderem die Pflicht ableitet, sich mit voller

Hingabe ihrem Beruf zu widmen, siehe auch § 54 BBG.

» Arbeitsniederlegungen von Beamten rechtswidrig

Gegen dieses Gebot verstoßen Beamte nach Ansicht des Bundesverwaltungsgerichtes bereits durch eine nur kurzfristige Arbeitsniederlegung: Die Funktionsfähigkeit der Verwaltung dürfe nicht gefährdet werden. Arbeitsniederlegungen von Beamten sind deshalb nach der zurzeit noch vorherrschenden Rechtsauffassung rechtswidrig und ziehen dienstrechtliche Konsequenzen nach sich, etwa einen Vermerk in der Personalakte, der sich auf Beförderungen auswirken kann, oder die Verhängung einer Geldbuße.

Disziplinarmaßnahmen gegen verbeamtete Kolleginnen und Kollegen wegen ihrer Teilnahme an dem Lehrerstreik vom 3. Juni

hat zwischenzeitlich auch das schleswig-holsteinische Bildungsministerium ergriffen. Interessant ist in diesem Kontext die Sichtweise der GEW, die ihren Mitgliedern zum Einspruch gegen die vorhersehbaren dienstrechtlichen Konsequenzen rät, weil sie die Auffassung vertritt, dass die Lehrer rechtmäßig streiken durften. Sie bezieht sich auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), die zu einem Paradigmenwechsel im bundesdeutschen Beamtenrecht führen könnte und deshalb der näheren Betrachtung verdient.

» Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Streikrecht für Beamte

Der EGMR hat in seinem Urteil vom 21. April 2009 im Verfahren Enerji Yapi-Yol Sen ./. Türkei (Az. 68959/01) entschieden, dass das Recht auf Kollektivverhandlungen und das Streikrecht nach Art. 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) auch für Beamte geschützt sei. Dem Verfahren lag der Fall zweier türkischer Kommunalbeamter zugrunde, die im Jahr 2000 an einem nationalen Streiktag ihres Gewerkschaftsbundes teilgenommen hatten. →



Mehr soziale Kompetenz

durch Klassenfahrten

Soziale Kompetenzen sind die Voraussetzung für erfolgreiches Lernen. Die Themen der Klassenfahrten in rheinische Jugendherbergen vermitteln soziale Kompetenzen, vertiefen Fachwissen und sind eine gute Investition in das Klassen- und Lernklima.

DJH-Katalog FahrtFinder 2011 jetzt anfordern!

- Über 150 Klassenfahrten: erlebnisreich, pädagogisch, sportlich.
- Kennenlernprogramme für die 5. Klasse in der weiterführenden Schule.
- Klassenfahrten zum Sparpreis.
- Information, Beratung und Buchung aus einer Hand.



Den Katalog und weitere Informationen erhalten Sie kostenlos beim:
DJH-Service-Center Rheinland
Telefon: 0211 30 26 30 26
Telefax: 0211 30 26 30 27
service@djh-rheinland.de



Beide sahen sich danach disziplinarrechtlichen Maßnahmen ausgesetzt. Gegen die Disziplinarmaßnahmen erhoben die Beschwerdeführer Klage und wandten sich wegen der Verletzung der Koalitionsfreiheit nach Art. 11 EMRK an den EGMR.

Der EGMR gab der Klage statt und bestätigte die Verletzung von Art. 11 EMRK, wonach alle Menschen das Recht genießen, zum Schutz ihrer Interessen Gewerkschaften zu bilden und diesen beizutreten. Das Streikrecht sei eine untrennbare Folge dieses gewerkschaftlichen Koalitionsrechtes, das grundsätzlich auch für Beamte gelte. Allerdings weist der EGMR in den Urteilsgründen klarstellend darauf hin, dass das Streikrecht keinen absoluten Charakter hat. Wie sich bereits aus Art. 11 Absatz 2 EMRK ergibt, verbietet es der Artikel ausdrücklich nicht, dass die Ausübung dieser Rechte für Mitglieder der Streitkräfte, der Polizei oder der Staatsverwaltung gesetzlichen Einschränkungen unterworfen werden.

Der Grundsatz der Gewerkschafts- als Ausprägung der Vereinigungsfreiheit kann demnach im Einklang mit einem gesetzlichen Streikverbot für Beamte stehen, da diese Mitglieder der Staatsverwaltung sind. Ein Streikverbot könne sich jedoch nicht auf Beamte im Allgemeinen beziehen, sondern nur auf Beamte, die hoheitliche Befugnisse ausüben. Daraus folgt, dass die gesetzlichen Einschränkungen des Streikrechts die Kategorien der von ihnen betroffenen Beamten so genau wie möglich bestimmen müssen.

Regelungen, die ein uneingeschränktes Streikverbot vorsehen, verstoßen demnach nach der Rechtsprechung des EGMR gegen das Menschenrecht der Koalitionsfreiheit. Welche konkrete Auswirkung hat nun die Straßburger Entscheidung auf das deutsche Beamtenrecht?

» Auswirkungen auf das deutsche Beamtenrecht

Auch wenn eine gesetzliche Regelung zu den praktizierten Einschränkungen fehlt, die für die kollektiven Rechte der Beamten in der Bundesrepublik gelten: mit seiner Zustimmung zur EMRK und ihren Zusatzproto-

kollen hat der Bundesgesetzgeber diese in deutsches Recht transformiert und einen entsprechenden Rechtsanwendungsbefehl erteilt. Innerhalb der deutschen Rechtsordnung stehen die EMRK und ihre Zusatzprotokolle, soweit sie für die Bundesrepublik in Kraft getreten sind, im Range eines Bundesgesetzes. Legt man die Entscheidung des EGMR zugrunde, ist das in der Bundesrepublik Deutschland richterrechtlich anerkannte grundsätzliche Streikverbot für Beamte im Allgemeinen zunächst völkerrechtswidrig. Da nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes innerstaatliches Recht jedoch völkerrechtskonform ausgelegt werden muss, müssten eine Abkehr vom Grundsatz des uneingeschränkten Streikverbotes für Beamte in der Rechtsprechung erfolgen und eine differenzierende rechtliche Grundlage geschaffen werden.

Kritisch bleiben zwei Aspekte: Zum einen sieht Art. 11 Abs. 2 EMRK selbst vor, dass die grundsätzlich allen Menschen zuerkannte (gewerkschaftliche) Koalitionsfreiheit bestimmten Bedingungen und Einschränkungen unterworfen werden kann. Dass der Grundsatz der Gewerkschaftsfreiheit im Einklang mit einem Streikverbot für diejenigen Beamten stehen kann, die hoheitliche Befugnisse im Namen des Staates ausüben, sich jedoch nicht auf Beamte im Allgemeinen oder auf öffentliche Beschäftigte in staatlichen Handels- und Industrieunternehmen, wie zum Beispiel Post, Postbank, Bahn oder Telekom erstrecken kann, erscheint plausibel.

» Noch kein Paradigmenwechsel

Der EGMR hat verdeutlicht, dass, zunächst grundsätzlich, auch kommunale Beamte ein Recht auf Kollektivverhandlungen haben. Ob sich Kommunalbeamte mit Landesbeamten vergleichen lassen, ist aber zumindest fraglich. Gänzlich offen ist, ob der EGMR ein Streikrecht für verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer anerkennt. Eine Entscheidung in naher Zukunft ist eher unwahrscheinlich. In dem oben genannten Urteil schon das Signal für einen Paradigmenwechsel sehen zu wollen, ist deshalb mehr als verfrüht.

Die auch von der GEW vertretene Position, Vergleichbarkeit zwischen Beamten und Tarifbeschäftigten sei bereits dann gegeben, wenn es sich um Tätigkeiten handele, die auch von Tarifbeschäftigten wahrgenommen werden könnten, mit der Folge, dass dann das Streikverbot für Lehrer rechtswidrig sei, ist trügerisch. Traditionell werden Lehrerinnen und Lehrer in der Bundesrepublik verbeamtet und sind Tarifbeschäftigte die Ausnahme, nicht die Regel. Eine Angleichung in den Rechten hin zu Tarifbeschäftigten wird zu einem Werteverlust des Berufsbeamtentums führen und mittelbar zu dessen Abschaffung beitragen.

Das Berufsbeamtentum findet seine Existenzberechtigung in den hoheitlichen Aufgaben, zu deren Wahrnehmung ein besonderes Treueverhältnis der Beamten gegenüber dem Dienstherrn erforderlich ist. Die Aufgabenwahrnehmung durch Beamte soll die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit

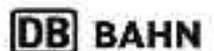
rückhaltlos für den Dienstherrn und die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. Aus diesem Grund genießen Beamte, anders als Tarifbeschäftigte, zunächst eine Reihe von auch finanziellen Vorteilen. Sie haben dagegen nicht das Recht zum Streik, wohl aber zur Beschwerde, daneben auch die Pflicht zur Remonstration. Nicht allein der Unterricht, sondern die Abnahme staatlicher Prüfungen durch dafür qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer bestimmt ihre besondere Bedeutung für Staat und Allgemeinheit – und rechtfertigt die Verbeamtung.

» Augenmaß fehlt

Und noch ein weiterer Aspekt ist von Interesse: Der Mobilisierung so vieler verbeamteter Lehrkräfte fehlt es an Augenmaß, unabhängig davon, ob in Schleswig-Holstein 1.800 verbeamtete Kolleginnen und Kollegen an der Arbeitsniederlegung beteiligt

waren, wie das schleswig-holsteinische Bildungsministerium mitteilte, oder wie von der GEW behauptet über 3.000. Denn um eine verwaltungsgerichtliche Überprüfung im Sinne der jüngsten EGMR-Rechtsprechung zu erreichen, hätte auch eine Arbeitsniederlegung mit deutlich weniger verbeamteten Lehrkräften genügt. Dass die GEW in Schleswig-Holstein ihren Mitgliedern zum Einspruch gegen die ihrer Auffassung nach unrechtmäßigen Verweise rät und juristische Schritte bis hin zu einer Anrufung des EGMR nicht ausschließt, überzeugt letztlich nicht.

Denn zur Frage des Streikrechts von verbeamteten Lehrerinnen und Lehrern hat sich der EGMR eben nicht geäußert. Das Risiko, dass die gegen sie verfügten disziplinarrechtlichen Konsequenzen im verwaltungsgerichtlichen Verfahren Bestand haben, tragen damit unzählige Kolleginnen und Kollegen. Und nicht die Gewerkschaft.



Klasse(n)fahrt



Die junge Schiene der Bahn

DB Klassenfahrten & Jugendgruppenreisen

Buchen Sie Ihr individuelles Reiseprogramm: Kunst, Kultur, Zeitgeschehen, Musicals, Theater, Museen, Führungen, Rundfahrten, Spaß, Freizeit, spezielle Bildungsangebote...

Weitere Infos unter: www.bahn.de/klassenfahrten

Die Bahn macht mobil.

Gabriel, der Pädagoge

Rheinland-Pfalz. Laut ddp ad-hoc-news.de vom 25. August hatte der Pädagoge Sigmar Gabriel bei einem Besuch in einer Schule in Mainz nicht nur mit einer hartnäckigen Sechzehnjährigen zu tun, die sich vehement dagegen wehrte, dass ihre Realschule gerade mit einer Hauptschule fusioniert hat und ab sofort 'Realschule plus'

heißt. »Kompletter Schwachsinn« sei das. Die Hauptschüler zögen die anderen Schüler runter.

Auch das Lehrerkollegium ist darüber tief gespalten. An den neuen Zustand hat sich noch keiner gewöhnt – auch der Schulleiter nicht, geschweige denn die blond gefärbte junge Dame Christina. Sie sei vorher auf einem Gymnasium gewesen. Wegen schlechter Noten sei sie dann auf die Realschule gekommen – und habe nun Angst, noch weiter abzurutschen. Zwischen der Haupt- und der Realschule



Foto: SPD

Widerworte in der Schule
SPD-Chef Sigmar Gabriel blies an einer Mainzer Realschule der Wind ins Gesicht.

lügen Welten. Das könne nicht einfach zusammengehen. Der gelernte Gymnasiallehrer Gabriel versuchte zu vermitteln.

Er meinte, es sei falsch, so früh zu sortieren, und ermahnte Christina, Hauptschüler nicht über einen Kamm zu scheren. Christina ließ aber nicht nach – und da platze Gabriel der Kragen. Ihr Menschenbild sei einfach »entsetzlich«, wies er die Sechzehnjährige zurecht, »ich bin sicher, dass junge Menschen mehr können als das, was Erwachsene im Alter von zehn Jahren in ihnen erkennen.« Zum Schluss lächelte er sie an und sagte: »Vielen Dank für den Streit.«

Nach der Schüllerrunde saß Gabriel mit den Lehrern zusammen. Auch dort kamen jede Menge Klagen über das neue Schulkonzept. Die Realschullehrer haben Angst, dass sie und ihre Schüler mit den leistungsschwachen Neuankömmlingen nicht klarkommen. Die Hauptschullehrer sind wütend, dass sie weniger verdienen als die neuen Kollegen mit dem anderen Titel. Die Stimmung am Tisch hätte besser sein können. Gabriel versuchte auch hier, Frieden zu stiften, äußerte Verständnis, fragte nach. Die Lehrer hätten den berechtigten Anspruch, bei der 'Realschule plus' auch ein 'Plus' an Ausstattung zu bekommen: Weiterbildung, genug Personal und ausreichend Geld.

Foto: Flickr/wikipedia
Montage: Döniges



Das war wohl nix!

Die Jamaika-Koalition im Saarländischen Landtag hat das fünfte Grundschuljahr einstweilen zurückgestellt.

Saarland will doch nicht länger gemeinsam lernen

Saarland. Laut dpa hat nach dem Volksentscheid gegen eine sechsjährige Grundschule in Hamburg nun auch das fünfte Grundschuljahr im Saarland keine Chance. Die Jamaika-Koalition will nach Absage der SPD an ein fünftes Grundschuljahr diesen zentralen Eckpunkt ihrer Schulreform jetzt 'zurückstellen'.

Die SPD begründete ihren Schritt damit, dass sie zu dem Schluss gekommen sei, »dass bei der Einführung eines fünften Grundschuljahres im Ergebnis mehr Schaden angerichtet als Nutzen erzielt würde«. Gleichzeitig sei die SPD weiter dazu bereit, über die Einführung von Gemeinschaftsschulen zu reden. Wichtiger als eine Strukturänderung sei eine Verbesserung der Qualität der Bildung, etwa durch kleinere Klassen, mehr Ganztagschulen oder ei-

ne Ausweitung der frühkindlichen Bildung.

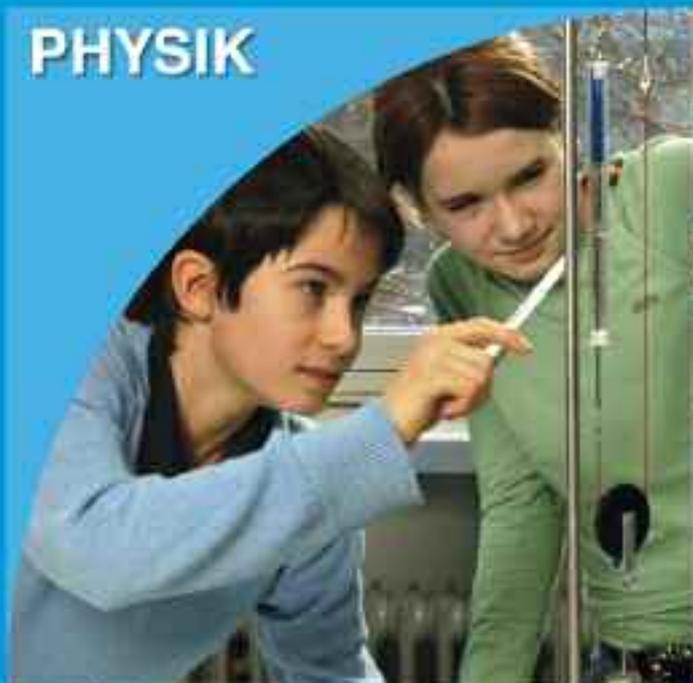
Die Fraktionschefs von CDU, FDP und Grünen forderten die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, »das Angebot zum Dialog in der Bildungspolitik« anzunehmen. Sie hofften, dass die voreilige Entscheidung der SPD kein Teil parteipolitisch motivierter Verweigerungstaktik sei.

In den vergangenen Wochen hatten sowohl Gegner als auch Befürworter eines längeren gemeinsamen Lernens Bedenken gegen das fünfte Grundschuljahr geäußert. Auch für die Einführung der Gemeinschaftsschule müsste die Landesverfassung geändert werden. Das Gymnasium soll nach den Plänen der Koalition weiter in der Saar-Verfassung ausgewiesen werden.

Naturwissenschaften hautnah erleben

PHYSIK

NATURWISSEN-
SCHAFTEN



CHEMIE

BIOLOGIE

mit Schülerexperimentiergeräten von

MEKRUPHY GMBH

Die neue Dimension des naturwissenschaftlichen Unterrichts

Naturwissenschaftliche Experimentiergeräte

Schäfflerstraße 9, D-85276 Pfaffenhofen

Telefon: +49 8441 504 20-0, Telefax: +49 8441 504 20-29

E-Mail: info@mekruphy.com, www.mekruphy.com